

„Nationalpark Ostsee“ – Segeln passé?

Ein neuer, riesiger Nationalpark soll in der Ostsee geschaffen werden. Und das könnte beträchtliche Folgen für Wassersportler haben.

Text: Bernhard Gierds

Wenn es Schleswig-Holsteins Umweltminister Tobias Goldschmidt (Grüne) gelingen sollte, die in seinem Ministerium entwickelten Pläne für die Errichtung eines „Nationalparks Ostsee“ durchzusetzen, könnte es sein, dass Wassersportler vor der Festlandsküste und um Fehmarn aus „Nullnutzungszonen“ vertrieben werden. Kiter, Surfer, Kanuten und Stand-up-Paddler werden vermutlich stärker betroffen sein als die Eigner seegehender Yachten, aber die Umsetzung des Vorhabens wird auch die Möglichkeit beschneiden, auf der Ostsee zu segeln.

Der „Nationalpark Ostsee“ wurde von den Grünen in den Koalitionsvertrag mit der CDU eingebracht. Geht es nach den Vorstellungen des Ministers, werden zum Nationalpark drei große Gebiete gehören: die Küstengewässer von der Flensburger Außenförde bis zur Schleimündung, die Südseite der Eckernförder Bucht und im Anschluss an sie bis zum Leuchtturm Bülk am Eingang zur Kieler Förde ein weit in die See ragendes Areal und schließlich als größter Bereich eine Wasserfläche, die am Ostufer der Kieler Förde bei Laboe beginnt, im Nordosten Fehmarn einschließt und in der Mecklenburger Bucht bis Dahmeshöved reicht. Goldschmidt wünscht sich eine Fläche von 1.930 Quadratkilometern für das grüne Prestigeprojekt in der Ostsee. Um sich vor Augen zu führen, wie groß der Nationalpark werden soll, hilft ein Vergleich: Seine Fläche entstünde ziemlich genau, wenn man die Gebiete der beiden Stadtstaaten Berlin und Hamburg zusammenrechnete und dann noch zwei Drittel Bremens dazu packte. Oder um einen anderen

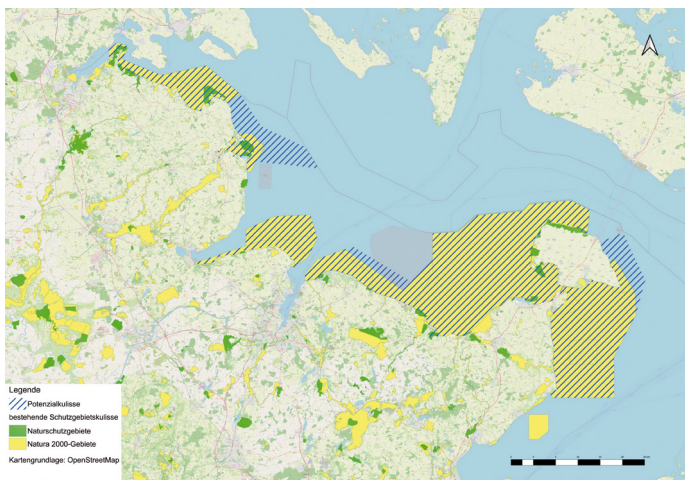
Vergleich zu bemühen: Der Nationalpark Ostsee wäre so groß wie 270.308 Fußballfelder.

Für Naturschutzgebiete, die die Bezeichnung „Nationalpark“ führen, gibt es Regeln. Sie stammen von der IUCN, mit vollem Namen „International Union for Conservation of Nature and Natural Resources“. Das ist eine internationale Nichtregierungsorganisation, die schon 1948 gegründet wurde. Ihr gehören heute über 1.600 Organisationen aus 170 Ländern an, darunter über 200 Ministerien und Behörden. Aus der Bundesrepublik das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) und das Bundesamt für Naturschutz (BfN). Mit solchen Transmissionsriemen finden dann letztlich private Regeln Eingang in staatliche Normen.

Kernzone

Zu den Regeln der IUCN gehört, dass möglichst 75 Prozent, mindestens aber 50 Prozent, der Fläche eines Nationalparks zu „Kernzonen“ werden. In ihnen hat der ungestörte Ablauf der Naturvorgänge höchste Priorität, weitere zulässige Nutzungen sind „Umweltbeobachtung“ und „Umweltbildung“. Um ungestörte Abläufe zu gewährleisten, können in ihnen „Nullnutzungszonen“ festgelegt werden. Minister Goldschmidt sagt, es seien jetzt Kernzonen von weniger als 50 Prozent vorgesehen. Das mag sein, besagt aber nichts für die Zukunft, denn in Nationalparks sollen drei Typen von Zonen vorkommen. Deren zweiter ist die „Entwicklungszone“; in ihr gelten Übergangsregeln. Innerhalb 30 Jahren sollen Entwicklungs- in Kernzonen überführt werden. Schlussendlich bleiben nach diesem Konzept 25 Prozent der Fläche übrig, die freizügiger genutzt werden dürfen. In diesen „Pflegezonen“ wären zum Beispiel nachhaltige Fischerei und Naturtourismus zulässig. In Kernzonen muss aber somit, wie schon im Wattenmeer, mit Befahrens- und Ankerverboten gerechnet werden. – Um den obigen Vergleich noch einmal zu bemühen: Kernzonen allein im heute genannten Umfang, das entspräche dem Verbot, Berlin frei zu betreten.

Was der Umweltminister genau vorhat, bewegt sich noch immer im Bereich des Spekultativen, denn statt klarer Aussagen über die Planungen, gibt Tobias Goldschmidt lieber pathetische Gemeinplätze von sich. Zum Beispiel: „Die Ostsee ist ein Sehnsuchtsort für viele Menschen – und in einem verdammt schlechten Zustand. Sie ist ein geschundenes Meer mit Todeszonen, in denen kein Fisch mehr leben kann, weil kein Sauerstoff mehr vorhanden ist.“ (Hamburger Abendblatt, 6.1.2023) Hinzu kommt eine lange Zeit unzureichende Öffentlichkeitsbeteiligung. Erst als die Gerüchteküche brodelte, suchte Goldschmidt im März auf breiterer Basis das Gespräch mit betroffenen



Übersicht über die Gebiete, die für einen „Nationalpark Ostsee“ potenziell geeignet sind



Kreisen und lud ins Kieler Hotel Maritim ein. Mit der Veranstaltung werden nun Konsultationen eingeleitet, bei denen in mehreren Workshops Öffentlichkeit und Experten in den Prozess eingebunden werden sollen. Bis dahin wurde mal dieser und mal jener informiert, das ganze eher Politik nach Gutsherrenart. 15 Bürgermeister von Gemeinden im Amt Lütjenburg sahen es im Dezember 2022 als erforderlich an, Bedenken in einem Brief zu formulieren, nachdem sie von den Plänen überhaupt erst aus den Medien erfahren hatten. Gegenüber dem NDR sagte der Hohwachter Bürgermeister: „Da sind wir sehr unglücklich darüber, weil es eben keine Kommunikation gibt, keinerlei Informationen, keine Gespräche mit den betroffenen Kommunen.“ Und weiter: „Das Wichtigste ist eigentlich, dass wir überhaupt erst mal ins Gespräch kommen, bevor Tatsachen geschaffen werden.“

Dabei ist der schlechte Zustand der westlichen Ostsee unbestritten. Es gibt deshalb auch bei den meisten Nutzern den Konsens, dass wirk-same Schutzmaßnahmen schnell kommen müssen. Aber eben wirk-same Schutzmaßnahmen. Bei dem, was sich jetzt abzeichnet, ist ein Gutteil bloße Augenwischerei:

Neues Etikett – alter Mangel

Ein beachtlicher Teil der für den Nationalpark in Frage kommenden Gebiete steht schon seit Jahren in irgendeiner Form unter Schutz. Sei es nach der Fauna-Flora-Habitatrichtlinie oder der EG-Vogelschutzrichtlinie. Erstaunlich ist aber, wie zögerlich und mit wie vielen Ausnahmen diese seit Jahren bestehenden Regeln hierzulande umgesetzt werden. Die Bundesrepublik erreicht weder den für die Natura-2000-Gebiete geforderten Schutz noch den von der Wasserrahmenrichtlinie verlangten guten Zustand der Gewässer. Es gab und gibt wegen der unzulänglichen deutschen Umweltmaßnahmen mehr als ein EU-Vertragsverletzungsverfahren. Sinnvoll wäre es, in den ausgewiesenen Gebieten auf der vorhandenen Basis endlich zu handeln. Ein neues Etikett behebt keinen alten Mangel.

Die Augenwischerei wird auch an einem Beispiel deutlich, der Situation der Seegraswiesen. Sie sind ein äußerst wichtiges Ökosystem.

Intakte Seegraswiesen sind nicht nur die Kinderstube vieler Meereslebewesen, sondern sie sind auch ein guter Kohlendioxidspeicher und damit klimatisch relevant. Ihr Speichervermögen ist höher als das eines gleich großen Waldes. Seegraswiesen nehmen jedoch weltweit ab und müssen auch in der Ostsee als stark gefährdet angesehen werden. Vor der schleswig-holsteinischen Küste gibt es sie unter anderem in der Geltinger Bucht, beim Kalkgrund, am Boknis Eck und bei Heidkate. Sie liegen häufig in Wassertiefen zwischen fünf und acht Metern, können aber auch flachere und tiefere Areale besiedeln. Ihr Zustand, Zuwächse und Verluste werden unter anderem von der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) intensiv erforscht. Ein bedeutender Parameter für die Überlebensfähigkeit der Seegraswiesen ist die Nähr- und Schadstoffkonzentration des Wassers und mit ihr verbunden dessen Lichtdurchlässigkeit. Beides hängt vor allem von der Einbringung von Düngemitteln und anderer Landwirtschaftschemie ab. Die Eutrophierung schadet massiv. Die Landwirtschaft wird aber von der Errichtung des Nationalparks nicht betroffen sein.

Auch mit einem Nationalpark Ostsee wird es unter dem Strich vermutlich im wesentlichen bleiben, wie es ist. Das aber zu einem hohen Preis, den die bezahlen, welche sich umweltbewusst verhalten und die sich eine intakte Natur wünschen, Wassersportler, Feriengäste und viele Menschen aus der Küstenregion. ◀

Der Autor

Bernhard Gierds ist Vorsitzender des Kreuzer Yacht Club Deutschland e.V. (KYCD) und setzt sich seit Jahren für die Interessen der Sportschifffahrt ein. Hinter den Kulissen diskutiert Bernhard Gierds im Auftrag des KYCD mit Politikern, Lobbyisten und Seglern, um den Aufenthalt auf dem Wasser sicher und möglich zu machen. In seiner Tätigkeit deckt er immer wieder Versuche auf, die Interessen der Sportbootfahrer zu missachten.